Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 88 (1994)
Heft: 12

Rubrik: Zeichen der Zeit : Versuch über Populismus

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Versuch über Populismus

Populismus hat viele Gesichter. Ihn zu definieren wäre wie Pudding an die Wand nageln. Heute verbreitet er sich vor allem mit einer nationalistischen, isolationistischen, ja fremdenfeindlichen Agitation. Das Phänomen ist nicht neu. In der Schweiz kommt es immer wieder zu Volksabstimmungen, bei denen 45 bis 47 Prozent den Parolen von Rechtsaussenparteien folgen. Am 7. Juni 1970 erhielt zum Beispiel die Schwarzenbach-Initiative 46 Prozent Ja-Stimmen. Das Stimmenverhältnis wiederholte sich im zu Ende gehenden Jahr mit den 45,4 Prozent Nein-Stimmen zum Antirassismusgesetz und den 47 Prozent Nein-Stimmen zur Einbürgerungsvorlage.

Die bürgerliche Elite zeigt sich nach solchen Abstimmungen schockiert. Je nach Interessenlage ist sie aber nicht weniger fremdenfeindlich als die Überfremdungsparteien. Die Ausweisung von 300 000 «Gastarbeitern» nach dem Rezessionseinbruch in der Mitte der 70er Jahre folgte durchaus dem Rezept des James Schwarzenbach. Nicht viel anders hält es die bürgerliche Mehrheit heute mit den «Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht». Ihr Urheber, CVP-Bundesrat Arnold Koller, durfte bei der Beratung im Nationalrat den verdienten Dank der Schweizer Demokraten entgegennehmen. Er habe, so freuten sie sich, einen wichtigen Teil ihres Programms verwirklicht.

Wie ist dieser Populismus, wenn nicht zu definieren, so doch zu umschreiben? Welches sind seine Ursachen, insbesondere die Ursachen seiner heutigen Hochkonjunktur? Gibt es Antworten, die uns aus der lähmenden Passivität gegenüber diesem bedrohlichen Phänomen befreien?

Was ist Populismus?

Jeder Ismus bringt eine politische Zielsetzung mehr oder weniger zugespitzt auf den Punkt. So betont der Liberalismus die Freiheit der Individuen. So liegt der Schwerpunkt des Sozialismus auf Gleichheit und Gerechtigkeit. So müsste «Populismus» eigentlich eine Ideologie sein, die den *Willen des Volkes (populus)* über alles betonen würde. Der Populismus wäre demnach die demokratischste aller politischen Ideologien.

Ist er aber nicht. Und dies aus dem einfachen Grund, weil es *das* Volk, auf das der Populismus sich beruft, nicht gibt, in der herkömmlichen Klassengesellschaft wie in der sich abzeichnenden Zweidrittelgesellschaft auch nicht geben kann. Es fehlt an der Homogenität der Interessen und Wertvorstellungen, die es erlauben würde, den Willen des Volkes als Einheit zu begreifen. Anders gesagt: Der Populist ist nur bei einem *Teil der Bevölkerung* populär. Bei einem andern Teil stösst er auf ebensoviel Ablehnung. Der Populist *polarisiert.*

Wenn der Populist vom «Volk» redet, meint er in Wahrheit die «Zivilgesellschaft der Stammtische». Hier hat er seinen sprachlichen Nährboden, an den er sich anlehnt, den er düngt, dessen Reizwörtern er zu politischer Reputation verhilft. Der populistische Diskurs kreist heute vor allem um das Thema *«Ausländer»*. Gewiss greift er auch andere «brisante» Probleme auf, wie Kriminalität und Drogen. Und er polemisiert gegen die «Linken und Netten», ja gegen die ganze «classe politique», die alle am «Volk» vorbeipolitisierten. Am erfolgreichsten agitiert der Populist dann, wenn er das Thema «Ausländer» mit die-

sen weiteren Stich- und Schlagwörtern kombiniert.

Auf die Frage, ob er «ein Populist» sei, antwortete CVP-Ständerat *Carlo Schmid* neulich der Zürichsee-Zeitung (28.9.94): «Ich akzeptiere diese Etikette. Vor einem Jahr forderte ich den Einsatz der Armee gegen kriminelle Drogendealer und wurde landesweit angegriffen. Heute sind wir nicht mehr weit von dieser Massnahme entfernt. Meine Funktion als Ständerat ist es, Bodenkontakt zu behalten.» Seit er als Präsident der CVP gescheitert ist, mausert sich Schmid im Ständerat zur Leitfigur der Isolationisten. Mit dem Argument, man dürfe nicht Geld zum Fenster hinauswerfen, wenn AHV-Renten oder der Milchpreis für die Bauern in Gefahr seien, verhinderte er die Aufstockung der Entwicklungshilfe.

Christoph Blocher, Nationalrat und Präsident der kantonalzürcherischen SVP, hat es sogar verstanden, mit Drogen, Asyl und Kriminalität den EWR-Beitritt zu bekämpfen. In seiner Albisgüetli-Rede am 21. Februar 1992 rief er in den Saal: «Anpassung ist das Gebot der Stunde. Man muss sich den veränderten Drogensitten anpassen. Man muss sich der gesteigerten Kriminalität anpassen. Man muss sich der misslichen Asylpolitik anpassen. Dann muss sich die Schweiz vor allem Europa anpassen.» Europa wird so zum Inbegriff des Negativen, assoziiert mit Drogen, Kriminalität und Asylmissbrauch. Schon der Titel dieser Rede «Anpassung oder Widerstand» ist eine «historische Infamie», wie Helmut Hubacher kritisiert.[1] Der Titel soll an die Fröntler erinnern, die sich Hitler-Deutschland anpassen wollten. Dieser Diffamierung der Andersdenkenden lässt Blocher gleich noch Attribute aus dem Tierreich folgen: «Wer viele Affen um sich hat, der wird auch oft gebissen.»

Die *Inseratekampagne* von Blochers SVP gegen die «Linken und Netten», die an «mehr Kriminalität, mehr Drogen, mehr Angst» schuld seien, ist kein Einzelfall. Schon vor den Zürcher Kantonsratswahlen 1991 erschienen die berüchtigten Filzlaus-Inserate. Sie hatten den immer gleichen Inhalt: «Achtung vor dem roten und grünen Filz: Höhere Steuern. Mehr Drogenelend. Mehr Asylrechtsmissbrauch. Mehr Wohnungsnot. Unsichere Arbeitsplätze. Gefährdete Renten.» Illustriert wurde dieser Text mit rotem und grünem Ungeziefer...

Der Populist wäre keiner, hätte er nicht die *Boulevardpresse* an seiner Seite. Mit welch veheerender Wirkung, zeigt das Beispiel der «Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht». Sie sind aus dem letztjährigen «Sommertheater» hervorgegangen, das der BLICK zusammen mit den Präsidenten von FDP und CVP inszenierte. Diese suchten sich in ihren verbalen Kraftakten gegen die «kriminellen Asylanten» wechselseitig zu überbieten. Bundesrat Koller peitschte darauf die Zwangsmassnahmen in einer Rekordzeit von nur acht Monaten durch das sonst so schwerfällige Gesetzgebungsverfahren hindurch. Ein ebenso rasches Vorgehen zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes steht leider nicht zur Diskussion! Das Antirassismusgesetz brauchte von der ersten Absichtserklärung des Bundesrates bis zu seiner Verabschiedung durch das Parlament gar 21 Jahre.

Ursachen des Populismus

Im letzten Heft der Neuen Wege hat Stefan Batzli den Versuch unternommen, Fremdenfeindlichkeit als Ausdruck und Folge einer *Modernisierungskrise* zu begreifen.[2] Was der Autor am Beispiel der «Überfremdungs»-Diskussion der 60er und 70er Jahre zeigt, gilt erst recht für die 90er Jahre: Ein sozialer Wandel, der mental nicht mehr verarbeitet werden kann, weil ihm die herkömmlichen Deutungsmuster immer weniger entsprechen, führt zu Orientierungslosigkeit und Verhaltensunsicherheit. Diese Regellosigkeit oder «Anomie» ist die Voraussetzung von Fremdenfeindlichkeit und Populismus.

Batzli zitiert aus einem Artikel, den *Oskar Reck* 1969 geschrieben hat: «... Wenn – von der Kirche bis zur Armee – noch vor kurzem gesicherte Vorstellungen ins Wanken geraten, wenn ... erklärte Grundwerte fragwürdig werden, dann liegt

die Versuchung nahe, überall fremde Zersetzung zu argwöhnen, das Fremde zum schlechthin Feindlichen und Minderwertigen zu deklarieren und die anwesenden Ausländer als Verkörperung dessen zu sehen, was hiesige Eigenart bedroht und am Ende zerstört.» Ganz ähnlich schreibt 25 Jahre später *Roger de Weck,* Chefredaktor des Tages-Anzeigers: «EWR, Blauhelme, Einbürgerung, Kulturartikel, Antirassismus: Je nach Vorlage ändert sich ein bisschen die Gegnerschaft. Aber deren Kern bildet jene eher ländliche, bedrängte und zum Rückzug neigende Hälfte der Schweiz, die des Wandels und Wertewandels überdrüssig ist...» (TA 27.9.94).

Kernpunkt der beiden liberalen Kommentatoren ist das Verhältnis von Modernisierung und Abschottung nach aussen, von beschleunigtem sozialem Wandel und Xenophobie. Von den *Faktoren des nationalen Grundkonsenses,* der schon in den 60er Jahren fragwürdig wurde, ist heute nicht mehr viel übrig geblieben: Der soziale Friede hat seine Geschäftsgrundlage, die Teilhabe der Arbeitenden am stetig wachsenden Volkseinkommen, verloren. Ins Wanken gerät damit auch die Konkordanzdemokratie, die den politischen Überbau über dem sozialen Frieden darstellt. Abhanden gekommen ist dem Land sodann der gemeinsame Feind, der lange das Ferment für die Integration der Gesellschaft war, indem er die innenpolitischen Gegensätze neutralisierte.

Dieser Wertewandel könnte durchaus positive Folgen haben und einer sozialen und demokratischen Alternative den Weg bereiten. Einstweilen sieht es aber nicht so aus. Im Gegenteil: Soziale Errungenschaften werden preisgegeben, weil der *Kapitalismus* nicht mehr im Konkurrenzkampf mit einem System steht, das soziale Grundrechte auf Arbeit, Wohnen, Bildung, Gesundheit zu verwirklichen suchte. Aber auch der liberale Rechtsstaat muss nicht mehr dazu dienen, das politische System des Westens gegenüber realsozialistischen Diktaturstaaten zu legitimieren. Die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht sind das bislang letzte Glied einer Kette zunehmender *Einschränkungen von Grundrechten.* Heute trifft es die Flüchtlinge, morgen kommen die «einheimischen» Randgruppen dran: Drogenabhängige, Fürsorgeabhängige, alleinerziehende Frauen, Langzeitarbeitslose, Ausgesteuerte. Populismus verbreitet die Illusion, mit Härte allein könnten die Zustände verbessert werden. Die Grenzen schliessen für «die Asylschmarotzer» (wie das Agitationsblatt der «Freiheitlichen» zu sagen pflegt), die Entwicklungshilfe abschaffen, mit der Armee die Drogenszene aufräumen, die Drogenabhängigen zwangsweise therapieren, die Todesstrafe wiedereinführen, das sind seine kraftmeierisch zugespitzten Rezepte.

Mangels einer Alternative nimmt die Orientierungslosigkeit immer weiter zu. Der Kapitalismus hat nur scheinbar gesiegt. Denn jetzt erweist sich, dass er nicht verallgemeinerbar ist. Würde die ganze Welt auf das *westliche Konsumniveau* gelangen, so müsste das den sicheren Ökokollaps bedeuten. Selbst das westliche, auf einen privilegierten Teil der Menschheit beschränkte Zivilisationsmodell ist nicht mehr weltverträglich, wie zahlreiche Menetekel anzeigen: das Ozonloch, der Treibhauseffekt, die Desertifikation (Verödung der Böden) und vieles andere mehr. Da das Kapital nur in sich selbst investiert und nicht bereit ist, die Umwelt zu schonen und soziale Gerechtigkeit zu üben, nehmen die Verteilungskämpfe zu. Weltweite Migrationsbewegungen sind Vorboten einer aus den Fugen geratenden Welt. Aber natürlich ist es scheinbar einfacher, die Opfer dieser Verteilungskämpfe zu bekämpfen als die Ursachen. Flüchtlinge, Fremde überhaupt werden zu Sündenböcken für eine Welt, die vielen fremd geworden ist.

Es beginnt die hohe Zeit der *terribles simplificateurs.* Wer die Weltbilder anbietet, welche die komplex gewordene Wirklichkeit auf die einfachsten Deutungsmuster reduzieren, hat die grösste Chance, Gefolgschaft zu finden. Das verlorengegangene Feindbild «Kommunismus» wird ersetzt durch «kriminelle Ausländer» und Drogendealer, aber auch durch den «Islam», der vom islamischen Fundamenta-

lismus kaum noch unterschieden wird. Nicht mehr die Menschenrechte und Grundwerte des sozialen und demokratischen Rechtsstaates, die für alle Menschen gelten müssten, sind identitätsstiftend, sondern der nationale, ja nationalistische Diskurs.

Was tun?

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus muss auf verschiedenen Ebenen erfolgen. Eine erste Ebene ist die sprachliche oder der *«Tatort Wort»*[3]. Der Wort-Taten sind viele. Schwierig wird es, wenn sie die Umgangssprache oder gar die amtliche Sprache ideologisch besetzen:

– *«Überfremdung»* ist eine solche Wort-Tat, die das Fremde ins Feindliche umschlagen lässt, wenn das populistische Mass voll ist. Das Wort hat 1931 sogar ins «Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer» Eingang gefunden. Art. 16 verpflichtet die Behörden, «den Grad der Überfremdung des Landes zu berücksichtigen». Übrigens: Im Duden wurde das Wort erstmals 1929 erwähnt als «Aufnahme zu vielen ausländischen Geldes»...

– Zur «Überfremdung» tragen heute vor allem die *«Asylanten»* bei. Die Endung dieses Begriffs ist so negativ besetzt wie bei Simulant, Spekulant, Vagant. «Asylanten» gibt es erst, seit die Flüchtlinge nicht mehr aus den kommunistischen Staaten, sondern aus der Dritten Welt kommen. Wer einem kommunistischen Staat entflohen war, der musste ein politisch Verfolgter gewesen sein. Die Richtung stimmte, das Feindbild stimmte und wurde durch die Flüchtlinge noch bestätigt. Seit es aber Asylanten gibt, gibt es auch *«Wirtschaftsflüchtlinge»*. Darunter sind nicht etwa Steuerflüchtlinge zu verstehen; denn diese bringen uns Geld, ergo sind sie willkommen.

– *«Ausschaffen»* ist in keinem Wörterbuch enthalten. In einer Zuschrift an die NZZ (29.1.87) wurde festgestellt, dieses «grauenhafte Wort» sei «ein schweizerischer Behörden-Ausdruck für eine höchst unmenschliche Handlung», ein makabrer Helvetizismus, der sich seit 1931 ebenfalls im Ausländergesetz (Art. 14) finde. Das Wort legt nahe, dass es sich bei den Betroffenen um Objekte der Entsorgung und nicht um Menschen, es sei denn minderwertige, handle.

Die Auseinandersetzung um die Sprache verbindet sich mit *Aufklärung*. Zum Beispiel darüber, dass Kriminalität unter Ausländern nicht mehr verbreitet ist als unter Schweizern. Oder darüber, dass das Elend der Drogenabhängigkeit und der Kriminalität mehr mit dem Betäubungsmittelgesetz zu tun hat als mit dem angeblichen Mangel an Gefängnisplätzen, an fürsorgerischen Freiheitsentziehungen und an Härte überhaupt.

Die *Regierenden* wären besonders berufen, ihren Beitrag zu dieser Aufklärung zu leisten. Statt dessen senden sie die widersprüchlichsten Signale aus, die im Grunde die Orientierungslosigkeit noch vergrössern. Die gleichen, die das Antirassismusgesetz bejahten, verneinen heute seine Grundgedanken durch die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht. Rassismus hat mit der Rechtsstellung der Ausländer in der Gesellschaft zu tun. Je weniger Rechte Ausländer haben, desto mehr Rassismus gibt es. Linke Parteien sollten darauf dringen, dass wenigstens ihre eigenen Exekutivmitglieder sich solcher Widersprüche bewusst werden und nicht ins rechtspopulistische Fahrwasser geraten.

Ähnlich widersprüchlich verhält sich der *Bundesrat* in der Aussen- und Militärpolitik. In der Botschaft zur GSoA-Initiative, mit den Feiern «700 Jahre Eidgenossenschaft» und «50 Jahre Kriegsmobilmachung» sowie mit der Propaganda gegen die Stop-F/A-18-Initiative hat die Landesregierung einen isolationistischen Neutralitätsmythos beschworen. Derselbe Bundesrat aber gibt sich plötzlich weltoffen, wenn es um den EWR oder um die Blauhelme geht. Erleiden diese Vorlagen Schiffbruch, reibt er sich verwundert die Augen, obschon es seine eigene Staatspropaganda ist, die wie ein Bumerang auf ihn zurückfällt und jede noch so vorsichtige Öffnung gegenüber der Welt zunichte macht.

Darüber hinaus müssten Strategien entwickelt werden, um die *strukturelle Fremdenfeindlichkeit* eines Saisonnierstatuts und eines ethnozentrisch verkürzten Inländerstimmrechts zu überwinden. Gleichheit darf nicht nur auf der Gleichartigkeit der Herkunft beruhen. Das Bürgerrecht sollte im Regelfall an den Ort der Geburt (ius soli) anknüpfen und nicht an die Abstammung (ius sanguinis). Die Zugehörigkeit zum Volk, gerade auch zum «Stimmvolk», wäre nicht eine Frage des Schweizerpasses, sondern eine solche von Wohnsitz und Betroffenheit durch die Lebensverhältnisse. Die Willensnation Schweiz müsste für weitere Nationalitäten und Kulturen offen, sie dürfte gar nicht ethnozentrisch sein.

Die Orientierungslosigkeit als Einfallstor des Populismus hat aber auch mit sozialem Abstieg, mit materieller Verelendung, mit der zunehmenden *Kluft zwischen Arm und Reich* zu tun. Wie aus einer Studie der SP Kanton Zürich hervorgeht, entfielen 1991 auf das unterste Fünftel der Steuerpflichtigen 3,5 Prozent der Einkommen und null Prozent der Vermögen. Das oberste Fünftel hingegen verfügte über 47 Prozent der Einkommen und 85 Prozent der Vermögen. Die ungleiche Verteilung ist so krass, dass die Studie die Frage aufwirft, ob so «eine Demokratie wirklich funktionieren» könne (TA 11.11.94). Die Umverteilung von unten nach oben müsse endlich einer gerechteren Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik weichen.

Nur: All diesen Postulaten, sei es zu einem sorgfältigen, ideologiekritischen Umgang mit der Sprache, zu einer konsequenten Aussen- und Fremdenpolitik oder zur Überwindung fremdenfeindlicher Strukturen, steht gerade das Phänomen entgegen, das sie überwinden wollen: der Populismus. Dieser ist nicht einmal an sozialer Gerechtigkeit interessiert, da er meint, auch noch die Frustration der Armutsbetroffenen auf die eigenen Mühlen lenken zu können. Also müssten wir tiefer ansetzen. Aber wo?

Der *rationale Diskurs* ist wohl wichtig und unverzichtbar, aber er ist nicht die einzige, ja nicht einmal die entscheidende Ebene, auf der wir dem Populismus begegnen können. Dieser appelliert ja nicht an Vernunft und Ethik, sondern an das Irrationale, Emotionale, Triebhafte. Niemand ist frei von fremdenfeindlichen oder rassistischen Regungen. Gelingt es dennoch, solche Vorstellungen, Gefühle, Aggressionen zu verarbeiten, so ist das eine moralische Leistung. Anders geht der Populist vor. Er will diese Aufarbeitung gerade verhindern, indem er der Ebene xenophober Gefühle bescheinigt, dass sie das Gute verkörpere und dass das Schlechte die intellektuelle und ethische Auseinandersetzung mit diesen Emotionen sei. Der Populist verhilft dadurch dem fremdenfeindlichen und rassistischen Bewusstsein zu einem guten Gewissen.

Regt sich das schlechte Gewissen dennoch, so bedarf es erst recht eines *Sündenbocks*. Ihn zu finden und zu benennen, gehört zum Ritual eines Albisgüetli-Parteitags. Der Sündenbock entlastet die Versammelten, schweisst sie zu einer, wenn auch negativen Einheit zusammen. Der Vorgang bewirkt, wie die Reaktion auf Blochers Albisgüetli-Rede vom 21.2.92 zeigt, die enthemmte Stimmung, die Hubacher so umschreibt: «Die Festgemeinde grölte. Die Mannen klopften sich auf die Schenkel, schnalzten vor Wollust, inhalierten die süffigen Verbalinjurien wie eine politische Droge.»[4]

Hier droht uns nun allerdings eine andere Gefahr: diejenige des *«Pharisäismus»*. Wir klopfen uns zwar nicht auf die Schenkel, aber auf die Schultern und sind dankbar, dass wir nicht sind wie die Leute im Albisgüetli. Was aber unternehmen wir, um die Ängste der Menschen, die den Demagogen auf den Leim kriechen, verstehen und überwinden zu helfen? Von einer Emotionalität des Humanen war in einem früheren «Zeichen der Zeit»[5] die Rede, von einer Solidarität mit den Opfern des Populismus, auch wenn sie Rechtsaussenparteien wählen. Warum gibt es in der Schweiz noch keine Befreiungsbewegungen der Fürsorgeabhängigen und Armutsbetroffenen, wie z.B. in Holland, wo sie sich zusammenschliessen und phantasievoll damit beginnen, Po-

litikerinnen und Politiker zu «adoptieren»?

Andreas Schmutz hat im letzten Heft der Neuen Wege gezeigt, wie die Emotionalität des Humanen in eine Spiritualität des Kampfes übergehen kann.[6] Diese Spiritualität, die – wie Roger Schutz von Taizé sagt – «mit einem versöhnten Herzen kämpft», wurde uns am Beispiel der *Berner Asylbewegung* vorgestellt. Wo Menschen das Risiko einer Gefängnisstrafe auf sich nehmen, um Flüchtlinge vor Behördenwillkür und vor Gefahren für Leib und Leben zu bewahren, da wird ziviler Ungehorsam zum vielleicht schwierigsten, aber dennoch wirkungsvollsten Zeugnis wider den Populismus, der eines nicht aufbringt: die moralische Glaubwürdigkeit, nach der alle verlangen, auch jene, die heute noch seine Opfer sind.

1 Tatort Bundeshaus, Bern 1994, S. 234.
2 Fremdenfeindlichkeit: einfaches Weltbild in der sozialen Krise, NW 1994, S. 326ff.
3 Kurt Marti, Tatort Wort, in: Reformatio, Nr. 2/87, S. 87ff.
4 A.a.O., S. 235.
5 Fremd im eigenen Land?, in: NW 1994, S. 267ff.
6 «Heilende Kirche werden», Überlegungen zum Kirchenasyl, in: NW 1994, S. 320ff.

Hinweise auf Bücher

Karlheinz Deschner: *Kriminalgeschichte des Christentums.* Vierter Band: Frühmittelalter. Von König Chlodwig I. (um 500) bis zum Tode Karls «des Grossen» (814). Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1994, 616 Seiten, Fr 48.–

Karlheinz Deschner ist im vergangenen Mai siebzig Jahre alt geworden und hat auf diesen Zeitpunkt hin den vierten Band («Frühmittelalter») seiner «Kriminalgeschichte des Christentums» vorgelegt. Auch wer von der Schule her einige Untaten aus der Merowinger- und Karolingerzeit im Gedächtnis behalten hat, wird von der Menge der hier verzeichneten Greuel überrascht und erschreckt sein. Es wird eine Zeit geschildert, die sich «im Blutrausch fortwälzt». Man mordet, zumal im Königshaus der *Merowinger*, aus persönlicher Macht- und Besitzgier – zugleich wird fast ununterbrochen *Krieg* geführt. In Feldzügen gegen nichtkatholische Christen, Heiden und Moslems expandiert das Reich der katholischen Frankenkönige. Die «Christianisierung» der unterworfenen Heiden erfolgt in der Regel zwangsweise. Beharrliche Antreiber zu den Kriegen sind die Päpste. Sie und der hohe Klerus profitieren von den Raubzügen und Schlächtereien, die «mit Gottes Hilfe» – wie die mittelalterlichen Geschichtsschreiber stereotyp vermerken – meist siegreich verlaufen. Politisches Verbrechertum und kirchliches Heiligkeitstheater sind einander förderlich zugeordnet.

So wenig das Buch eine erheiternde Lektüre ist, zum Lachen reizen manche Zitate aus Briefen von Päpsten, in denen die geliebten Söhne auf dem fränkischen Thron beschworen werden, dies und jenes zum Nutzen der Kirche zu tun, ansonst sie die Gunst des heiligen Petrus verlören und der ewigen Verdammnis verfielen. Auch die der geschichtlichen Wirkung nach herausragenden Gestalten entbehren eines höheren geistigen Niveaus. Deschner findet sowohl *Papst Gregor I.* wie *Kaiser Karl* des Epithetons «der Grosse» unwürdig: den zum Kirchenlehrer erhobenen Gregor im Hinblick auf seine hochgradige Intoleranz und den in seinen «Dialogen» wuchernden Aberglauben, Karl als bigotten Urheber von Blutgesetzen, die u.a. die Übertretung des Fastengebotes mit der Todesstrafe belegten. *Bonifatius,* der vielgerühmte «Apostel der Deutschen», war nach dem begründeten Urteil des Verfassers ein pedantischer Romhöriger, päpstlicher als der Papst. Vom geradezu professionell betriebenen *frommen Fälschungswesen,* das schon im dritten Band der «Kriminalgeschichte» ein Hauptthema ist, beleuchtet Deschner besonders eingehend die sog. Konstantinische Schenkung, eine Urkundenfälschung, mit der das Papsttum den Kirchenstaat erschlich und Weltherrschaft beanspruchte.

Eine paradoxe Ähnlichkeit des siebzigjährigen Karlheinz (Karl Heinrich) Deschner mit seinem Namenspatron Karl «dem Grossen» ist nicht zu übersehen. Wie dieser führt er sein Leben lang